

HNA, 24.2.89

Nr. 47

Lagergemeinschaft

„Alle sind gefordert“

Moringen (alorgy). Die „Lagergemeinschaft/Gedenkstätteninitiative KZ Moringen e.V.“ ist am Mittwochabend aus der Taufe gehoben worden. Sieben von 35 Anwesenden traten der Organisation spontan bei. „Auf dieser Basis können wir aufbauen“, betonte Moringens Pastor Manfred Hickmann, einer der Initiatoren, die sich unter anderem als Anlaufstelle für ehemalige Häftlinge des Konzentrationslagers Moringen versteht und sich für die Einrichtung einer eigenständigen KZ-Gedenkstätte einsetzt.

„Es ist notwendiger und dringender denn je, eine Interessengemeinschaft zu gründen. Die evangelische Kirchengemeinde kann das nicht länger tragen. Es fehlen finanzielle Mittel, um Treffen der ehemaligen KZ-Häftlinge zu organisieren.“

Andreas Kohrs, ebenfalls einer der Initiatoren, begrüßte Gäste aus dem südniedersächsischen Bereich, darunter zwei ehemalige Häftlinge, die im Moringer Jugend-KZ gefangen waren. Die Moringer hatten insgesamt 200 Einladungen verschickt.

Die Gründe für die Notwendigkeit einer Interessengemeinschaft nannte Kohrs. Für Gruppen sei erstens der Zugang zur „Gedenkstätte“ im Landeskrankenhaus sehr schwer, zweitens gebe es keine Trennung zwischen Männer-, Frauen- und Jugend-KZ. Der Dokumentationsraum, der 1986 vom niedersächsischen Sozialminister eingerichtet wurde, entspreche nach Auffassung der Initiatoren „in keiner Weise dem Charakter einer Gedenkstätte“. Kohrs bemängelte hierbei, daß das Jugend-KZ ungeschützt und unter der „für die ehemaligen Häftlinge diskriminierenden Bezeichnung „Jugendschutzlager“ geführt werde.

Ein weiterer Kritikpunkt sei die für Jugendliche und nicht informierte Betrachter „fehlende methodisch-didaktische Umsetzung bei der Konzipierung einer solchen Ausstellung“. Eine wichtige Rolle spiele auch die finanzielle Seite, da der bisherige Träger der Treffen, die evangelische Kirchengemeinde, keine Spenden und Beiträge einnehmen dürfe.

Notwendigkeit

Daher würden Einzelpersonen, Organisationen und Verbände gebeten, sich zu einem breit angelegten „örtlichen und überörtlichen Bündnis“ zusammenzuschließen, um bei der Umsetzung der gesetzten Ziele mitzuhelfen. „Politische Parteien und Initiativen sind gefordert, sich der Sache anzunehmen. Wir müssen abwarten, wieviele die Notwendigkeit einsehen“, erläuterte Pastor Hickmann.

In einem vorläufigen Entwurf ist der Satzungszweck wie folgt vorgesehen:

- Interessenvertretung der ehemaligen KZ-Häftlinge
- Aufarbeitung der Geschichte des Männer-, Frauen- und Jugend-KZ
- Einrichtung einer Gedenkstätte mit fachbezogener Betreuung vor Ort
- Kontaktstelle für Interessierte
- Pflege und Erhaltung von historischen Quellen

Der Beschluß der Landesregierung vor zwei Jahren, Bergen Belsen als zentrale Gedenkstätte anzusehen, sei ein „Signal, daß der kleinen Gedenkstätteninitiativen der Boden unter den Füßen weggezogen“ werde, so Kohrs. Damit könnten die Bürger im eigenen Ort nicht mehr nachvollziehen, was bei ihnen während des Naziregimes vorgegangen sei.

Der vorläufig gewählte Gründungsvorstand wird bis zum nächsten Treffen, das am 28. April geplant ist, die Eintragung als Verein und die notariellen Regelungen vornehmen.

